

WOHNEN UND SOZIALES

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Frau Bürgermeister-Stellvertreterin,
geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich werde in meiner Spezialrede mich nicht lange bei den guten bzw. notwendigen Punkten im Doppelbudget zu den Bereichen Wohnen und Soziales aufhalten, sondern ich meine, dass wir mit heute einerseits die Weichen für den Budgetvollzug der nächsten zwei Jahren stellen und andererseits sofort damit beginnen sollen, parteiübergreifend die Grundlagen für eine bessere Zukunft in Graz zu schaffen.

Warum sehe ich das so? Budgetsitzungen sind üblicherweise geprägt von Zahlen: Einnahmen und Ausgaben werden beleuchtet und analysiert. Diese Art der Betrachtung aus dem Blickwinkel des Hauses Graz, der Politik und Verwaltung, verstellt uns bisweilen den Blick auf das Wichtigste: die Wirkung und "mangels Budget und somit mangels Budgetansatz" auch Nichtwirkung der gemeindepolitischen Entscheidungen für die Menschen, die in unserer Stadt, in Graz derzeit und in Zukunft leben, wohnen, arbeiten.

Dabei täte uns allen dieser andere Blick gut. Ich gebe zu: Auch ich ertappe mich bisweilen dabei, den Bevölkerungszuwachs unserer Stadt zu allererst nur aus dem Blickwinkel des Gemeinderates zu sehen, als Zeichen der Attraktivität von Graz und somit als Bestätigung des auch von der Sozialdemokratie mitgestalteten Weges: Graz ist attraktiv, Graz vermittelt Zukunft, Graz vermittelt Geborgenheit. Und Graz gewinnt mit dem Bevölkerungswachstum selbstverständlich an Finanzkraft. So weit, so auch richtig.

Aber die Menschen wollen Wohnen, sie brauchen Arbeit, sie bedürfen einer entsprechenden Infrastruktur, sie brauchen Unterstützung. Und die entscheidenden Fragen sind:

Sind wir dafür gerüstet? Ich sage: nur bedingt.

Sind wir dazu bereit: Ich fürchte, nur bedingt.

Die Kehrseite der Genugtuung einer wachsenden Stadt gibt es und ich nenne dies die Wachstumsschmerzen einer Stadt, die sich in der Unzufriedenheit ausdrückt.

Nehmen wir den Bereich Wohnen, der für alle Menschen in dieser Stadt höchste Bedeutung hat: Ich bin heute guten Willens und bescheinige jeder Fraktion in diesem Haus, dass sie diesem Thema große Bedeutung zumisst – aber nur aus dem eigenen parteipolitischen Blickwinkel heraus, ohne ein Gesamtbild für die Stadt im Auge zu haben. Entscheidungen in

diesem Bereich fallen argumentativ auf Grundlage einer 15-Jahresplanung - dem STEK; praktisch doch eher auf Grundlage politischer Einzelmeinungen und/oder einzelnen Ressortlösungen. Es gibt keinen wirklich gemeinsamen, ressortübergreifenden Nenner auf Basis von Fakten wie Bestand, Neubau - geförderter oder nicht geförderter Wohnbau, Preise, Preisentwicklung von Wohnraum, Zuzug, Anforderungen auf Grund der Altersstruktur und der wichtigen Infrastruktur - von Schule bis hin zu den Verkehrslösungen. Die Wohnungspolitik in Graz basiert somit eher auf Zuruf und auf Zufall.

Was wir dringend brauchen, ist eine Gesamtkonzeption für den Bereich Wohnen: Einen Wohnungsbericht, der all diese Fakten für den Bedarf an jährlich 1750 neuen Wohneinheiten beinhaltet! Einen Bericht, der auf Fragen der Grundstücksvorsorge einerseits und die Höhe und Entwicklung der Wohnungskosten andererseits Rücksicht nimmt. Ich nenne als Schlagworte für bodenpolitische Maßnahmen, Vorbehaltsflächen für geförderten Wohnbau oder auch einen vorgezogenen Aufschließungskostenbeitrag bzw. als städtisches wohnungspolitisches Ziel, dass mindestens 25 % der neu zu bauenden Wohnungen gefördert sein sollen, denn leistbares Wohnen fußt erstens auf Mietwohnungen und zweitens auf einer höheren Anzahl von Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen in Relation zum frei finanzierten Wohnbau und hier ist Graz im Landeshauptstadtvergleich Schlusslicht. Nur 21,3% der Wohnungen in Graz sind gefördert und diese sind um rd. € 900,- pro Jahr für die BewohnerInnen günstiger. Selbstverständlich mag eine Champagnersiedlung beeindruckend sein – doch angesichts der steigenden Wohn- und Lebenshaltungskosten ist ein exzellenter steirischer Zweigelt realitätsnäher und erstrebenswerter.

Und ich wünsche mir, dass Wohnpolitik – und somit dieser Wohnungsbericht als ressortübergreifende Gesamtaufgabe der Stadt begriffen wird. Wohnpolitik darf sich nicht auf Verwalten beschränken – Wohnpolitik bedeutet Stadt gestalten. Zu dieser Gesamtschau gehört die Stadtplanung ebenso dazu wie das Bildungsressort; das ist auch eine Frage der Familien- und Sozialpolitik ebenso wie der Verkehrsplanung. Ja, lieber Mario Eustacchio: Auch ich seh dich dabei gefordert – obwohl man manchmal nicht den Eindruck hat, dass du aktives Mitglied dieser Stadtregierung bist, sondern bisweilen eher die Erinnerung an die beiden älteren Herren der Muppet Show weckst, die jeden und alles mit sarkastischen Äußerungen kommentieren. Permanentes Wehklagen entspricht nicht der von einem Politiker geforderten Leistung.

Und wenn wir über die wachsende Stadt, die Wachstumsschmerzen und die Problemlage rund ums Wohnen sprechen, dann kommen wir nicht umhin, auch das Thema Zusammenleben miteinzuschließen – und auch das muss aus meiner Sicht Teil einer Gesamtkonzeption sein. Denn da fehlt es auch an einer ämterübergreifenden Strategie: Die derzeitige Form der Stadtteilarbeit, so engagiert sie auch ist, hat den Beigeschmack, nur dann zum Einsatz zu kommen, wenn es – bildlich gesprochen – brennt. Stadtteilarbeit kommt primär dann zum

Tragen, wenn es darum geht, Konflikte, Ängste, Auseinandersetzungen, Sorgen zu beseitigen. Stadtteil-Krisenfeuerwehr wäre die treffendere Bezeichnung.

Ich glaube es ist notwendig, die Vision zu stärken, dass urbanes Leben Freude macht. Und in dieser Vision hat Stadtteilarbeit eine andere Rolle: Die der Prophylaxe, die der begleitenden Unterstützung um das Zusammenleben zu stärken. Der Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt: Ich denke dabei an Mieter-, Siedlungsbeiräte, ich denke an Nachbarschaftsprojekte, und möchte hier auch meinen Antrag zum Tag der Nachbarschaft in Erinnerung rufen. Wir sollten den „Hausmeister light“ als erste Kontaktperson nicht außer Acht lassen und Begegnungsräume ohne Konsumationszwang sind zu forcieren. Ich möchte ein Beispiel aus Malmö nennen: Dort hat sich etwa eine Tanzfläche für Mädchen auf einem Grätzel-Platz als der absolute Renner erwiesen.

Was natürlich als gemeinsame Klammer über all dem steht: Es geht darum, hinzuhören, was die Menschen brauchen und wollen, sie aber nicht zwangszubeglücken. Was ich damit sagen will? Auch das Zusammenleben muss etwas sein, das allen – im Sinne von Stadt gestalten – ein Anliegen sein muss. Ich sage das in aller Deutlichkeit: Wir, die wir guten Willens sind, sind gefordert, gemeinsam eine Antwort auf jene Herrschaften Rechtsaußen zu geben, die in dieser Frage ihre große Chance sehen, durch das Schüren von Ängsten zu polarisieren, die Feindseligkeiten säen wollen, um aus den daraus resultierenden Konflikten Stimmen ernten zu können.

Ich sage jedenfalls: Ja, wir können viel dazu beitragen, diesen Wachstumsschmerzen gut und effektiv zu begegnen. Graz kann getrost wachsen – wir müssen nur darauf achten, dass die Rahmenbedingungen passen, dass dieses Wachsen Freude und Optimismus verbreitet, nicht Ängste und Schmerzen.

Gute Rahmenbedingungen schaffen dabei die Sozialleistungen, über deren Ausgaben niemand lamentieren muss. Das sollen sich bitte auch die KollegInnen der FPÖ ins Stammbuch schreiben. Mir sind die eigentümlichen Debattenbeiträge der freiheitlichen KollegInnen rund um die Weihnachtsbeihilfe sehr gut in Erinnerung, wo versucht wurde, die Unverhältnismäßigkeit der Sozialkosten an Hand dieser Unterstützung für Personen mit niedrigem Einkommen zu konstruieren. Hier denke ich mir: Können sie Zahlen und Fakten im Sozialbereich nicht verstehen, wollen sie sie nicht verstehen:

- knapp 50 % des Sozialbudgets der Stadt fließen in die stationäre Pflege, das ist die Zuzahlung zu Heimen und Pflegeanstalten und in mobile Dienste eben sowie in die Tageszentren: Haben unsere Eltern, Großeltern etwa kein würdevolles Altern verdient?
- 30 % des Sozialbudgets fließen in die Behindertenhilfe: Ich will nicht annehmen, dass jemand in diesem Haus meint, die Notwendigkeit dieser Mittel zu bestreiten.

- 16,5 % machen Mindestsicherung und Sozialhilfe aus. Ja, das ist das Reizwort für die FPÖ. Aber bevor Ihr diese Gelder für wie ihr sagt "soziale Hängematte" in Zweifel zieht, fragt doch einmal nach, welche Schicksale bei den rd. 4.500 Haushalten bzw. 9.000 Personen da dahinterstecken. Die überwiegende Mehrheit der Mindestsicherungsbezieher hat ein Beschäftigungsverhältnis und ist trotz dieses auf eine Zuzahlung angewiesen, weil sie nur Teilzeitjobs haben, oftmals sie gern auf Vollzeit wechseln würden, aber dazu keine Möglichkeit haben. Auch wenn ihr es nicht glauben wollt, schaut mal in die Nähe bspw. in den Reinigungsbereich der Stadt/GBG. Tut mir leid, wenn ihr euch jetzt angegriffen fühlt: Aber ich habe es einfach satt, wenn eine überlebenswichtige soziale Leistung einfach permanent in Bausch und Bogen in Frage gestellt wird.
- Bleiben noch 4 % für Personalkosten: Die SozialarbeiterInnen, die MitarbeiterInnen in der Zentralküche, die Behindertenberatung, die Kontrolle etc. einsparen zu wollen, wird wohl auch nicht Sinn und Zweck sein – es kommt ja auch niemand auf die Idee, die GGZ ohne Pflegepersonal zu betreiben.

Ich denke einfach, dass diese Aufschlüsselung - auch wenn sie bereits mehrmals von Bürgermeister-Stellvertreterin Martina Schröck präsentiert wurde - nicht oft genug wiederholt werden kann. Sozialleistungen haben nichts mit Randgruppenproblematik zu tun, wie uns das manche weismachen wollen, ganz im Gegenteil. Ich bin überzeugt davon, dass fast jede von uns, jeder von uns weiß, dass im eigenen engsten familiären Umfeld Sozialleistungen in Anspruch genommen werden. Das ist nichts Verwerfliches – im Gegenteil diese Unterstützung soll als selbstverständlich angesehen werden.

Und wir müssen uns auch eines bewusst sein: Wenn wir uns dazu bekennen, eine wachsende Stadt sein zu wollen, müssen wir uns auch im Klaren darüber sein, dass mit mehr Menschen, älteren Menschen, kleineren Haushalten die notwendigen Sozialleistungen nicht weniger werden – sondern ebenfalls wachsen. Was wir hier herinnen aber nicht als Wachstumsschmerz empfinden sollten, denn auch der soziale Rahmen ist ein Gradmesser für die Attraktivität einer Stadt.

Danke!